

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Deutschland 2,50 M., bei direktem Postweg ohne Bestellgebühr monatlich 2 M., bei Zustellung unter Postband 2,50 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Monaten der Postzeitung für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin N.W. 6. Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2893 und 2894.

Inserate kosten die achteckige Monopar-Beylage oder deren Raum 75 Pfg. „Klein-Anzeigen“ das gesetzdrückte Wort 40 Pfg., jedes weitere Wort 20 Pfg. Teuerungszuschlag 30 %. Bei Familien- und Veranlassungsanzeigen (Wahl der Zuschlag 100%. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin N.W. 6. Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 2768.

Die Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Sonntag, den 2. Februar 1919

Nummer 58

Arbeitslose als Kanonenfutter.

Ein Anschlag auf die Arbeitslosen.

Wie die „V. A. am Mittag“ meldet, soll sich die Regierung Ebert-Scheidemann eingehend mit dem Gedanken eines ausreichenden Dischubens befassen. Sie soll dabei zu der Erkenntnis gekommen sein, daß die Freiwilligenkorps, so stark auch der Zustrom sei, nicht ausreichen, um die Polen zur Raifson zu bringen. Man habe daher den Plan erörtert, ob nicht Arbeitslose in großer Zahl als Freiwillige für den Ostschub angeworben werden könnten. Diese Werbung habe jedoch wenig Aussicht auf Erfolg, da die Arbeitslosenunterstützung so reichlich bemessen sei, daß für ihre Weiche kein Anlaß vorliege, sich für den täglichen Sold von 6 M. bei den Freiwilligenkorps einstellen zu lassen. Es gebe daher nur die Möglichkeit, die Zahlung der Arbeitslosenunterstützung davon abhängig zu machen, daß die Arbeitslosen sich zunächst für den Grenzschub melden. Könnten sie dort nicht untergebracht werden, so dürfe ihnen erst dann das Recht auf Unterstützung zustehen.

Also ein neuer Anschlag auf die Arbeitslosen. Sie sollen sich als Kanonenfutter für die Verbrennen der Ostmarkenpolitik mißbrauchen lassen. Wie nehmen einstweilen an, daß dieser ungeheuerliche Plan bisher nur die Absichten der reaktionären Arceie wiedergibt, die die Regierung auf der abschüssigen Bahn weiter zu treiben suchen, die sie durch ihre Gewaltpolitik beschritten hat. Wir hoffen, daß die Regierung jetzt noch die Energie finden wird, diesem Plan entgegenzutreten.

Die müllige Regierung.

Berlin, 1. Februar. Es ist eine Verordnung erlassen worden, um unerwünschte Elemente von Weimar fernzuhalten. Diese Verordnung wurde mit veranlaßt durch einen spartakistischen Putsch auf das Telegraphenamt in Eisenach.

Die Furcht der Regierung vor den Spartakisten wirkt geradezu grotesk. Zuerst schickte sie mit der Nationalversammlung nach Weimar, offenbar um dem revolutionären Klima Berlins zu entgehen. Jetzt befiehlt sie, daß „unerwünschte Elemente von Weimar fernzuhalten“ sind. Wie war's, wenn sie Weimar mit Schützengräben und Stacheldrahtzäunen umgeben würde? Sicherlicher als die heutige Verordnung würde das jedenfalls nicht wirken.

Der Feldzug gegen Bremen.

Die Lage in Bremen spitzt sich immer mehr zu. Die Division Gerstenberg beharrt auf ihrer Forderung, die Bremer Arbeiterschaft unter allen Umständen zu entwaffnen. Deichmann, der Leiter des Tabakarbeiterverbandes, befindet sich bei der Division und scheint ihr besondere Dienste zu geben. Es gewinnt den Anschein, als ob der Angriff auf die Stadt von den Bremer Reichssozialisten bei der Regierung gefordert worden ist. Bögeding, der Kommissar für Ernährungsfragen, hat in Berlin mit Roske verhandelt. Der „Arbeiter“ verbündete jedwede Einigung. Er will die Gewalt. Wie nicht anders zu erwarten war, macht sich auch der „Vorwärts“ den Standpunkt Roskes zu eigen. Um den Gewaltakt gefälliger zu machen, fällt er die Dinge in ihr Gegenteil um. Er hat die Kühnheit, zu behaupten, die Division Gerstenberg verhalte durch Verhandlungen dem Zwang zum Einschreiten zu entgehen. Das ist gelogen. Denn aus allen Berichten der bürgerlichen Presse geht hervor, daß die Bremer Volksbeauftragten immer wieder Verhandlungen anzubahnen verweigert, daß diese Verhandlungen aber von der Division Gerstenberg bisher rundweg abgelehnt worden sind.

Die Division ist inzwischen näher an Bremen herangerückt. Die Arbeiter haben die Vororte besetzt und erwarten den Angriff. Die Bahnlinie Hannover-Bremen ist durch Ausbrechung der Gleise unterbrochen worden. Die Regierungstruppen wollen damit einen Stützpunkt auswärtiger Truppenteile verbinden. Wir bringen nachstehend die wichtigsten Meldungen:

Bremen, 1. Februar. Der Vorstoß des 9. Kommandos 501 geht mit: Falls Roske nicht sofort die Truppen vor Bremen zurückzieht, wird das ganze A. U. mobil gemacht und außerdem die ganze Arbeiterschaft aufgerufen, gegen die Regierung zu

gehen. Als Verhandlungsbasis stellt der Rat der Volksbeauftragten folgende neue Richtlinien auf: Waffenabgabe der Arbeiterschaft an Regiment 75, Regiment 75 übernimmt die Sicherheit in Bremen, der Rat der Volksbeauftragten sorgt für Ruhe und Ordnung und bildet in Bremen keine Regierungstruppen (Eiserne Division), Lebensmittelhilfe werden nicht behindert, falls Roske sein Verhaben aufgibt.

Aus Bremerhaven ist an die Reichsregierung folgendes Telegramm geschickt worden:

Erfolge militärische Maßnahmen gegen Bremen sofort einzustellen. Bitte Vermittlung an. Zweckmäßig schnellsten Eintreffen von Regierungsbereitern hier. Bei Ausnahme von Nämpten folgen unübersehbare Abschieben an die benachbarten Arbeiter- und Soldatenräte gegeben. Drahtantwort. Arbeiter- und Soldatenrat Bremerhaven.

Hindenburg hält freu zu Ludendorff!

Als Hindenburg sich nach Ausbruch der Revolution der Regierung „zur Verfügung stellte“, wurde von seinen bürgerlichen und rechtssozialistischen Verehrern inmerfort betont, Hindenburg sei ganz anders einzuschätzen, als Ludendorff. Dieser sei allerdings ein Erykump und Salumz, der Hauptstämme der Kriegsverbrechen uhm. Aber Hindenburg sei „ganz anders“ und man müsse froh sein, daß er seine ganze Kraft der Revolutionsregierung zur Verfügung stellte.

In der letzten Zeit, wo viele Köpfe fallen, wird auch bereits das Gedächtnis vor „Korallität“ Hindenburgs geschäftet. In ihrer gestrigen Abendausgabe bringt die „Deutsche Tageszeitung“ an der Spitze des Heftes die Mitteilung, es könne nicht die Rede davon sein, daß Hindenburg seinen nächsten Mitarbeiter „dreißiggeben“ habe.

Der Feldmarschall steht vielmehr nach wie vor treu zu Ludendorff, wie auch alle alten Mitarbeiter des früheren Ersten Generalquartiermeisters. Es ist auch bereits seit längerer Zeit im Einklang mit dem Generalfeldmarschall eine Tatsachendarstellung in Vorbereitung, die naturgemäß auch die Vorwürfe gegen Ludendorff in das rechte Licht rücken würde.

Hindenburg tritt also bereits offen für Ludendorff ein. Er stützt nicht mehr, sich durch eine Solidaritätserklärung mit dem nach Schweden geflüchteten Ludendorff kompromittieren zu können. Die Vorbereitungen sind getroffen, der Boden gut vorbereitet. Vielleicht werden sogar schon Vorkehrungen getroffen, um Ludendorff aus seinem Exil als Triumphator zurückzuholen?

Triumphiert nicht zu früh, ihr Herren! Ihr könnt sonst eine böse Enttäuschung erleben.

Die Unruheflüster bleiben in Berlin.

Amlich wird gemeldet: Entgegen den in der Presse verbreiteten Gerüchten, daß das Regiment Reinhardt den militärischen Schutz der Nationalversammlung übernehmen soll, wird nachdrücklich festgestellt, daß diese Mitteilung keineswegs den Tatsachen entspricht. Das Regiment Reinhardt hat nach wie vor die Aufgabe, für Ruhe und Ordnung in Berlin zu sorgen.

Wie konnte man auch erwarten, daß Herr Roske sich von seiner Weichen Garde trennen würde!

Im Bund der Kaisertrenen.

In der Artilleriewerkstatt Spandau-Nord prangt folgendes Plakat:

Zur Abwehr der englischen und französischen Pläne gegen unseren leibereien Kaiser hat sich ein

„Bund deutscher Männer und Frauen zum Schutze der persönlichen Freiheit und des Lebens Wilhelm II.“ gebildet.

Der diesem Bund beitreten will, wird gebeten, Namen und Wohnung bei 1a (St. Müller) anzugeben. Der Mitgliedsbeitrag beträgt 1.— M. Die Mitgliedskarte wird früher zugestellt werden. Spandau, 31. 1. 1919. gez. W. I. e., Major u. Direktor.

Vor einigen Wochen hat man den Gedanken an eine Wiederkehr Wilhelm II. noch belacht. Heute treten die Kaisertrenen schon so froh auf, daß man es sogar waag, Arbeitern ein derartiges Plakat porzuzeigen.

Gute Aussicht.

Am 23. Februar ist wieder Wahltag, und diesmal gibt es der Eroberung der Gemeinden.

Run, Genossen, das soll ein frischer und schneidiger Wahlkampf werden! Wir wollen die Gemeinden und vor allem Berlin, in dem früher die Hausbesitzer ihre Privilegien schützten, deren Wirkungskreis durch die Einschränkung der Selbstverwaltung so beengt war, in Hochburgen der sozialistischen Arbeiterschaft verwandeln. Mit der Selbstverwaltung der Städte muß es nun endlich Ernst werden. Die Städte werden Freiheit erringen und die Städte, das sind vor allem die breiten Schichten der Arbeiter und Arbeiterinnen.

Welch weites Feld der Tätigkeit öffnet sich da für uns Sozialisten! Das städtische Wirtschaftsgebiet muß zu einem Feld sozialistischer Betätigung werden. Eine ganze Reihe von Industriezweigen, die das Gebiet der Stadt versorgen, können jetzt sozialisiert werden. Da ist zunächst die Lebensmittelversorgung der städtischen Bevölkerung. Die Kriegszeit hat ohnedies auf diesem Gebiete der Stadt manche Aufgaben zugewiesen. Dieser Aufgabenkreis ist nun zu erweitern und sozialistisch auszugestalten. Die Stadt kann die Bäckerei und Fleischerei übernehmen und in technisch und hygienisch einwandfreien und leistungsfähigen Betrieben den Konsum befriedigen. Sie wird dabei mit geringeren Kosten produzieren, die unnötige Verschwendung der privaten Konsumten in den kapitalistischen Betrieb beseitigen und aller Lebensmittelfähigkeit ein Ende machen. Sie wird für eine geregelte Milchzufuhr sorgen und bewirken, daß nur hygienisch einwandfreie Milch in den Verkehr kommt. Damit wird endlich eine der Ursachen der Säuglingssterblichkeit, verdorbene und verfälschte Milch, aus der Welt geschafft werden.

Die sozialistische Kommune wird, sei es durch Ausdehnung der Eigenproduktion auf eigenen landwirtschaftlichen Gütern, sei es durch direkten Verkehr mit den landwirtschaftlichen Produzenten unter Ausschaltung überflüssiger Zwischenkosten, für die Versorgung der Stadt mit Gemüse und Obst sorgen. Sie wird der Bevölkerung, so lange keine allgemeinere Regelung erfolgt, in eigenen Apotheken billige Arzneimittel zur Verfügung stellen. Das wichtige Gebiet des Verkehrswezens stellt namentlich in Berlin große Aufgaben. Und wenn wir vom Verkehrswezen sprechen, so ergibt sich schon daraus die Notwendigkeit, die bedeutungsvolle und dringende Frage der Eingemeindung, die wie tausend andere Bedürfnisse der städtischen Verwaltung, an dem bornierten Widerstand der alten Bureaukratie gescheitert sind, der Lösung zuzuführen.

Eine Krone vor allem aber ist für die Arbeiterschaft und für die ganze ärmere Bevölkerung von größter Bedeutung. Die Kriegsjahre haben den Wohnungsbau völlig zum Stillstand gebracht und eine große Wohnungsnot erzeugt. Die Baukosten sind außerordentlich gestiegen. Schon deshalb würden neue Wohnungen bedeutend höhere Mietzinsie erfordern. Nach den Gelehen der kapitalistischen Greisbildung würden diese höheren Mieten sich in kurzer Zeit rakk verallgemeinern und den bisherigen Hausbesitzern atohen, neuen, unverdienten Wertzuwachs einbringen.

Dem muß die städtische Wohnungspolitik vorbeugen. Das erfordert aber die radikale Lösung der aronen Wohnungsfrage, und die ist nur möglich, wenn der städtische Grund und Boden aufhört, ein privates kapitalistisches Monopol zu sein. Der Grund und Boden muß in die Verfügung der Gesamtheit, der sozialistischen Kommune, gebracht werden. Die Stadt muß das Recht bekommen, den städtischen Grund und Boden zu expropriieren. Zugleich muß sie entscheidenden Einfluß auf die Festlegung der Mieten erhalten. Die weitere Entwicklung wird dann das Problem der Uebernahme der Häuser und des Neubaus von Wohnungen für die Stadt selbst zur Lösung bringen müssen.

Die sozialisierten Betriebe der Stadt aber sollen Munikarbetriebe werden. Die Demokratie in den Re-

leben wird die weitestgehende Mitwirkung der darin Beteiligten zur Erzielung der größten Produktivität sichern. Und wie der einzelne Betrieb, so soll die ganze Stadt, vor allem Berlin ein Muster werden, was sozialistische Arbeit und sozialistischer Geist leisten können.

Für diese Arbeit wollen wir jetzt bei den Gemeindegewahlen uns das Feld erobern. Keine Macht kann uns hindern, in den Gemeinden die Grundlagen für den sozialistischen Neuaufbau zu legen. Deshalb wollen wir in den nächsten Wochen alle Kraft daran setzen bei diesen Wahlen einen entscheidenden Sieg zu erringen. Energetische und unerschrockene Männer, die sich ihrer sozialistischen Aufgabe bewußt sind, wollen wir wählen. Männer, die der Welt zu zeigen haben werden, was die Tüchtigkeit der Arbeiter, wenn sie befreit wird von den Hemmungen des Kapitalismus, leisten kann.

Deshalb, Genossen, setzt alle Kraft daran, organisiert und organisiert für die Wahlen. Groß ist der Preis des Sieges, er wird alle Mühen lohnen.

Cäjar Koste.

Wir haben bereits einmal darauf hingewiesen, daß die Unabhängige Sozialdemokratie nicht nur nichts mit dem Putz in Wilhelmshagen zu tun hatte, sondern auch alles getan hatte, um seine Folgen so rasch als möglich zu beseitigen. Unter Genosse Kuhn, der Präsident von Eberburg, gab sich dabei die größte Mühe, und seiner Haltung vor allem ist es zu verdanken, daß es nicht zu Schlimmerem gekommen ist. Allerdings wollte er und die Partei dabei Gewaltanwendung vermeiden wissen und schlugen den Weg der Verhandlungen ein. Daß es doch zu Gewalttaten kam, war auf das Eingreifen der bewaffneten Bürger und Offiziere zurückzuführen, die den Ausgang der Verhandlungen nicht abwarten wollten.

Genosse Kuhn war von Herrn Koste aufgefordert worden, ihm Bericht zu erhalten und hatte auf das Ersuchen geantwortet, er werde Freitag in Berlin eintreffen. Genosse Kuhn hatte auf der Reise in Eberburg, in der Nähe von Burg, einen Autounfall und telephonierte deshalb nach Burg und nach Magdeburg mit dem Erzbischof, ihm ein anderes Auto zur Verfügung zu stellen. Während er noch wartete, erschien ein Auto mit 4 Bewaffneten. Die Genosse Kuhn auf Befehl des Herrn Koste verhafteten. Sie wiesen auch auf Befehl einen schriftlichen Befehl vor, Kuhn sofort in die Reichsgefängnis, event. unter Gewaltanwendung, zu bringen. Da Genosse Kuhn abends dasselbe Ziel hatte, fuhr er mit dem Auto nach Berlin weiter.

Als er mit seiner Begleitung in die Reichsgefängnis kam, ließ er zunächst Herr Koste sei nicht hier. Bald aber kam Koste selbst in die Vorhalle, wo Kuhn noch stand. Koste schrie ihn sofort an, warum er gefahren aus Berlin geflohen sei. Auf die erhaltene Erwiderung Kuhn's, sagte Koste, Kuhn sei gefahren in Berlin gewesen, aber geflohen und deshalb hätte er ihn zurückbringen lassen. Kuhn wies den Tadeln in seine Schranken zurück und erklärte, daß an der Sache ja kein Wort wahr ist. Darauf brüllte Koste: „Heiligen Sie den Mann sofort in militärischen Gewahrsam.“

Die Begleiteten Kuhn's machten darauf aufmerksam, daß es ja tatsächlich auf der Reise nach Berlin gewesen war, als sie mit ihm zusammentraten. Koste war aber noch immer außer Rand und Band, er grollte und schrie, Kuhn habe genug Dreß in Steden, er werde es ihm schon beweisen. Kuhn wies ihn nochmals in seine Schranken zurück und verließ die Reichsgefängnis. Die geschworene Gasse spielte sich vor etwa 30 Personen ab.

Und nun fragen wir, mit welchem Recht hat Koste den Präsidenten von Eberburg, den der Landtag seiner Zeit einstimmig als solchen anerkannt hat, hinter dem die Arbeiterschaft geschlossen steht, verhaften lassen. Ist es nicht ein ungehöriger Skandal, daß dieser Mensch gegen alles Recht und Gesetz seinen grenzenlosen Willkür in dieser Weise die Bürger schreien läßt? Ist es nicht unglücklich, daß dieser Mensch solche Zeichen vor fremden Ausländern in der Reichsgefängnis aufweist? Und ist es nicht höchst Zeit, daß diese zersplitterte Willkür endlich einmal aufhört?

Freiheit und Skandal.

Der Mitbegründer der „V. B. N.“ Herr Anton Solvichter, hat die unglückliche Freiheit, sich über angebliche Tatarennachrichten in der deutschen Presse zu entlassen. Herr Anton Solvichter ist der berühmte Urheber des „Katholischen Millionen-Schwinds“ der A- und S-Nöte. Aber auch sonst haben die von ihm herausgegebenen „V. B. N.“ in erheblicher Zahl Schwindelnachrichten in die deutsche Presse gebracht. Er besitzt deshalb nicht die geringste Legitimation, sich über solche Verleumdungen zu entlassen. Trotzdem bringt er es sich fertig, aus einer Unterredung mit dem Vorgesetzten der Reichsregierung mitanzusehen, daß man in leitenden Kreisen Mahnungen erwägt, um solchen Nachrichten entgegenzuwirken. Wenn das nicht wieder eine der durchsichtigen Schwindelnachrichten des Herrn Solvichter ist, so erklärt dadurch die berühmte „Pressefreiheit“, für die die Regierung Ebert-Scheibemann mit Annoncen-Klammern verteidigt, Mahnungen abwehren usw. gekämpft hat, eine recht hübsche Illustration. Ein neues Renfurete scheint der deutschen Presse bevorzustehen. Wir können in Ruhe abwarten, ob die Regierung den Mut finden wird, diesen Weg zu Ende zu gehen.

Als die Entwürfe des Herrn Solvichter über die Tatarennachrichten eine Freiheit, so ist keine Behauptung, daß ein Gesetz über den Arbeitswahn, verbunden mit der Entziehung der Lebensmittellieferungen, nicht geplant sei, ein unglücklicher Skandal. Allerdings befindet er sich damit in der Gesellschaft des gesamten Offizientums, dem es unangenehm ist, daß die Absichten der Regierung, die Arbeitslosen mit der Dunaerbeitseigenschaft gewaltig zur Arbeit zu treiben und sie durch Stockschläge auf den Maagen zu machen, rechtlich erklärt worden ist. Aber gegenüber allen amtlichen Ablehnungsversuchen steht unabweisbar fest, daß von einem Reichsamt ein Entwurf über die Einführung des Arbeitswanges in der Landwirtschaft vorliegt, der die Entziehung der Lebensmittellieferungen beabsichtigt für den Fall der Nichtannahme von nachgewiesener Arbeit. Da durch den Artikel in unserer Freilich-

abendausgabe, in der wir diese Absicht aufdeckten, die Arbeiterschaft rechtzeitig auf dem Plan gewesen ist, scheint die Regierung juristisch gesehen zu sein. Sie sieht vielleicht schon selbst ein, zu welcher verhängnisvollen Folgen die Verwirklichung dieser Absicht führen würde, und sucht deshalb das Vorliegen einer derartigen Klone überhaupt zu bestreiten. Aber, Lügen haben kurze Beine. Der Entwurf dieses Gesetzes, dessen Existenz von Herrn Solvichter und auch von dem Wolffschen Telegraphenbureau abgeleitet wird, ist von dem Bureau Zeitschriftlich bereits veröffentlicht worden. Wie unangenehm der Regierung das Bekanntwerden dieser Absicht ist, geht aus dem folgenden Telegramm hervor, das von Wolff amtlich verbreitet worden ist, nachdem die Existenz eines solchen Entwurf überhaupt bestritten worden war.

Vertraulich. Berlin, 1. Februar. Das Demobilisierungsgesetz bringt auf das allerdinglichste, den Bericht des Kurators Scharnowski über einen Entwurf, betreffend Einführung einer Arbeitspflicht nicht abzugeben und seinen Inhalt auch nicht auszudeuten oder andernfalls zu veröffentlichen, da über die Bestimmungen und über das Schicksal dieses Entwurfs noch nichts Entschlossen ist.

Bedarf es noch eines Beweises, wo die Verbreiter von Tatarennachrichten zu finden sind? Während die Regierung am Sonnabend vormittag die Existenz des Entwurfs als völlig unzutreffend bezeichnete, ist sie am Nachmittag gestanden, seine Existenz zuzugeben. Nun sieht die Öffentlichkeit doch endlich einmal an diesem Beispiel, was von allen amtlichen Dementis zu halten ist, die in den letzten Wochen auf uns geregnet sind.

Proteste der Soldaten.

Die Garnison Sagan veranstaltete am Donnerstag nachmittags einen großen Demonstrationstag gegen die Neueinrichtung der Kommandogewalt. In dem Zuge, an dessen Spitze eine Musikkapelle schritt, wurden viele rote Fahnen und Plakate mit der Aufschrift getragen: „Nieder mit dem Gesetz Reichardt! Wir wählen unsere Offiziere selber!“ Ähnliche dienstreisigen Mannschaften sowie viele Jagarettinisten beteiligten sich an der Demonstration. Auf dem Marktplatz wurden Ansprachen gehalten, in der sich die Redner gegen die Wiedereinführung der Militärgerichtsbarkeit wandten und die Kameraden aufriefen, die Errungenschaften der Revolution zu sichern und gegebenenfalls mit Leib und Leben für ihre Ueberzeugung einzustehen. An der Demonstration nahmen über 1000 Soldaten teil.

Die Garnison Spittalau protestierte am Donnerstag in einem Demonstrationstag gegen den Erlaß des Kriegsministeriums und die erlassene Reaktion. Auch die Arbeiterschaft schloß sich dem Zuge an, der sich mit Musik durch die Straßen der Stadt bewegte. Die Demonstranten bekannten sich einmütig zu der Institution der Arbeiter- und Soldatenräte und betonten, daß sie gewillt seien, die Errungenschaften der Revolution gegen jegliche Reaktion mit Aufgebot aller Kräfte zu schützen, wobei auch eine Mißbilligung gegen die jetzige Regierung zum Ausdruck gebracht wurde. — Eine dementsprechende Resolution erging an die Reichsregierung nach Berlin.

Die gesamte Garnison von Orlau (Schlesien) hat sich ebenfalls gegen den Erlaß erklärt. Der dortige Soldatenrat stellte fest, daß der Zentralrat keine Schuldkritik nicht gelte, sondern sich vielmehr eine große Pflichterfüllung hat zuzuschreiben lassen. Da das 6. Armeekorps (Breslau) im reiflichen nächsten Jahrwechsel schwindet und von dem dortigen Soldatenrat, dessen erster Vorsitzender Kamerad Kujal, einen Ely von Zentralrat hat, unterstützt wird, sieht sich der Soldatenrat von Orlau veranlaßt, allen Verfügungen des 6. Armeekorps die Anerkennung zu versagen.

Die am 27. Januar 1919 in Osnabrück tagenden Vertreter der Zentralratsräte des 7., 8., 9. und 10. Armeekorps haben einmütig beschlossen:

1. Es wird scharfer Protest erhoben gegen den Erlaß im A. V. Nr. 8510 betreffend Regelung der Kommandogewalt und Stellung der Soldatenräte im Friedensheer. Die Korpskommandanten lehnen jede Verantwortung ab für alle auf Grund dieses Erlasses möglichen Zwischenfälle.
2. Es wird eine grundlegende Änderung dieser Verfügung unter Mitwirkung der Zentralratsräte und gleichzeitige Verwirklichung der Ausführungsbestimmungen verlangt.
3. In diesem Zweck wird die umgehende Einberufung einer Reichskonferenz der Zentralratsräte und diebeständige Besannung bis zum 1. Februar 1919 perordert.
4. Die Zentralratsräte bitten dahin zu wirken, daß die Durchführung des ohne Ausführungsbestimmungen ergangenen Erlasses in den betreffenden Korpsbereichen bis zur Beilegung der Angelegenheit im Sinne vorstehender Resolution zurückgestellt wird.
5. Der Zentralratsrat des 8. A. V. wird beauftragt, vorstehende Resolution der Reichsregierung, dem Kriegsminister, dem Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik, sämtlichen Korpskommandanten und Generalkommandos zur Kenntnis zu bringen.

Der Landeshauptmann der Soldatenräte für Barmberg hat sich in dem preussischen Erlaß über die Neueinrichtung der Kommandogewalt abgelehnt und fordert sofortige Ueberprüfung einer Verlesung der Soldatenräte für das ganze Reich.

Ein interessanter Telegrammwechsel.

In dem hatte es der A- und S-Nat für notwendig gehalten, den Vorsitzenden des Bürgerrats Dr. Lohse zu verhalten. Lohse hatte sich geweigert, nachdem er Maßnahmen des A- und S-Nats durchkreuzt hatte, schriftlich den A- und S-Nat als die höchste Behörde anzuerkennen und gleichzeitig zu erklären, sein Amt als Vorsitzender des Bürgerrats nicht dazu zu benutzen, die Maßnahmen des A- und S-Nats zu durchkreuzen.

Der Bürgerrat wandte sich natürlich telephonisch an die Regierung und an den Zentralrat. Unklarheit wurde natürlich von beiden die Feststellung verfügt, ohne den A- und S-Nat Jena zu hören.

Wir lassen die beiden Telegramme folgen:
1.) Hier wird Bekundete gefordert über unredliche Verhaftung Bürgerrats ohne richterlichen Befehl, weil er sich weigert, schriftliche Erklärung abzugeben, daß er die Maßnahmen des A- und S-Nats nicht durchkreuzen werde. Willkürliche Verhaftung verhält gegen die Reichsregierung.

Errungenschaften der persönlichen Freiheit. Recht der Vereinigungsfreiheit auch gegenüber dem A- und S-Nat muß unbedingt gewährleistet werden. Strafbefehl nur durch ordentlichen Richter. Erlaß von sofortige Haftaufhebung. Reichsregierung West.

2.) Wir erlauben, sofort die Verhaftung von Dr. Lohse, Vorsitzendem des dortigen Bürgerrats, zurückzuführen zu machen und Bürgererrat nicht weiter in seiner Tätigkeit zu behindern, sowie und davon Kenntnis zu geben. Jena, 1. Februar.

Da der A- und S-Nat nun sah, daß man doch noch gegen willkürliche Verhaftung einschreitet, wurde in der Sitzung vom 30. Januar folgende Resolution angenommen:

Der A- und S-Nat Jena beschließt sich ganz energisch, daß die Regierung und Zentralrat Verfügungen über unsere Köpfe hinweg kreist ohne uns zu hören. Derartige Maßnahmen können bloß dazu dienen, das Ansehen der A- und S-Nat zu schädigen und die Gegenrevolution zu stärken. Der A- und S-Nat ist der Meinung, daß die Regierung dieselbe Entschlossenheit gegen willkürliche Verhaftung und Wahrung des Rechts der Vereinigungsfreiheit nicht zeigen zum Ausdruck bringen würde, wenn sie zunächst den Menschen Lebewohl aus der Haft entlich und der Tätigkeit der Gegenrevolution in Berlin ein Ende macht.

Wahrscheinlichkeit bei den Freiwilligen-Korps.

Die unter dem Schutze der Regierung Ebert-Scheibemann ins Leben gerufenen Freiwilligenkorps sind der Tagelohn für die ihre Rolle fortgeschritten haben und nun neuen Mut für ihr reaktionäres Offiziers, die durch die Revolution schon vollständigem Treiben geschöpft haben. Von der Landeshauptmann-Division, die in Bockdorf bei Hagen liegt, waren am letzten Sonnabend zwei Kameraden nach Berlin gekommen, um sich die Verdringungsfreiheit für die Revolutionärpartei anzusehen und um sich zu überzeugen, ob die Teilnehmer wirklich aus Freiwilligen, Kämpfern und Blünderern bestanden, wie man den Soldaten vorgerechnet hat.

Die betreffenden Kameraden lobten die herausfordernden Abiperrungsmaßnahmen, die gegen die Verdringungsfreiheit getroffen waren. Sie konnten nicht begreifen, wieso man einer Verdringungsfreiheit mit vergrößerter Wachsamkeit entgegenzutreten konnte. In dieser Hinsicht wurden sie noch mehr gestärkt, als sie den richtigen Tugent und die vielen Kräfte sahen, die den Gefallenen und Gemordeten von der Arbeiterschaft ganz Deutschlands gesendet worden waren. Sie sahen die ersten Gesichter der Trauernden, sahen ihre ruhige und würdevolle Haltung und gewannen den Eindruck, daß man es hier mit friedlich gesonnenen Leuten zu tun hatte, die lediglich von einer hohen idealistischen Ueberzeugung befeuert waren.

Das sagten sie bei der Rückkehr auch ihren Kameraden und versuchten sie zu überzeugen, bei der Wahl für die preussische Nationalversammlung für die Liste der U. S. V. zu stimmen, da diese Partei, nach dem was sie beobachtet hatten, allein dafür Gewähr biete, menschenwürdige Zustände in Deutschland zu schaffen. Wegen dieser Spitalion wurden die beiden Kameraden verhaftet. Sie nahmen beide aus dem Rheinland und waren erst einige Tage bei der Landeshauptmann-Division. Ein Kamerad wurde nach dreitägiger Haft wieder freigelassen. Dem anderen muß man wegen seiner Agitation den Prozeß machen.

Wir möchten noch hervorheben, daß bei den Freiwilligen-Korps viele junge Leute aus den linksrheinischen Gebieten sind. Man hat ihnen vorgerechnet, daß sie wegen der Befreiung nicht in die Heimat zurückkehren könnten. Da sie keine Arbeit und kein Brot haben, ließen sie sich anwerben. Sie haben die Anziehungskraft, wie sie bei den Freiwilligenkorps üblich ist, durchaus nicht einzuwenden, aber die Offiziere, jüngere junge Leute, die ihnen Verul als Grobheißung auffassen, haben einmütig noch alle Nacht in den Händen. Sie über die alte Disziplinargewalt aus und erröchen durch Peitsch und sonstige Schlägen die Einschüchterung der Freiwilligen. Wer nicht pariert, liegt hinaus und wird abgedreht noch disziplinarisch bestraft.

Regierung und Sozialisierungskommission.

Berlin, 1. Februar. Die Sozialisierungskommission teilt mit: Die Sozialisierungskommission hatte um eine Stellungnahme der Regierung zu der Neuerung des Staatssekretärs des Reichswirtschaftsamts geleten, wogegen die Einleitung der Kommission ein unglücklicher Beschluß gewesen sei, der wesentlich dazu beitragen habe, die Sozialisierungswort zu aufheben und die Möglichkeit anzunehmen. Daraufhin hat der Volksbeauftragte Wille der Kommission unter dem 28. Januar namens der Reichsregierung mitgeteilt, daß die Reichsregierung die Neuerung des Herrn Staatssekretärs des Reichswirtschaftsamts nicht billigt. Es handelt sich jedoch ausschließlich um die private Meinung eines Einzelnen; daß dieser Leiter des Reichswirtschaftsamts in dieser Hinsicht keinen Anhalt geben, die Tätigkeit der Sozialisierungskommission, die von der Reichsregierung beauftragt worden ist, zu beeinflussen.

Weshalb läßt man die Bergleute nicht arbeiten?

Man kann es überaus leicht: In den Wäldern, an den Mauern, in den Bergungen. Die Kohlennot sei die Folge der Zerstörung der Arbeitsstätten der Bergleute. Die Bergung der Arbeiter ist heute schon ein System. Ein politisches, widerwärtiges politisches System. Alles wendet sich gegen die Arbeiter. Sie sollen das Wirtschaftsland verlassen haben, sie sollen mit ihren Familien nach dem Ausland gehen.

Wer die Dinge kennt und wer mit der Zeit mehr noch als länger herausgefunden haben, weiß, daß die Vorwärtsbewegung übertrieben, wenn sie durchaus unbedeutend sind. Von einem Subjekt des Bergbaus in Rheinland-Westfalen kann gar nicht die Rede sein. Bergbau ist nun einem Subjekt durch Bergbauverfallungen. Es ist Tatsache, daß die Bergbauern gern arbeiten wollen, daß man aber durch Manipulationen durchschlagen der Arbeiter zu verhindern sucht. Man will die Sozialisierung des Bergbaues diskreditieren und unmöglich machen.

Zeigen sich die Bergbauverfallungen ernstlich und nur einigermassen bedauerlich, so wird es keine Produktionsnotlagen geben. Da nach den Mitteilungen des Vorsitzenden des Sozialisierungsausschusses, Berlin, auch von einer schweren Transportnotlage nicht mehr gesprochen werden kann, wird die Kohlennot überwinden sei, sobald man nur die Bergleute arbeiten läßt. Die politische Unterwerfung der Arbeiter, aber die zu Beginn der Revolution auch die rechtlichsteinsten Blätter sagten, hat keine Wirkung aufgebracht. Sie ist noch immer ein beliebtes Mittel der Vertuschungsmittel.

Zum Fall Ledebour.

Von Paul Wegmann.

In der Nacht vom 10.-11. Januar d. Jahres wurde der Wendliche Ledebour aus seiner Wohnung heraus verhaftet. Erst versuchte man ihn durch Irreführung herauszulassen, und als dies scheiterte, ging man mit Gewalt vor. Ein Haftbefehl war nicht vorhanden, und selbst als U. schon einige Tage im Wobliner Untersuchungsgefängnis saß, mußte der Staatsanwalt noch erklären „ein Haftbefehl liegt bis jetzt nicht vor“.

Als vor längerer Zeit ein Mitglied des Volksrates aus anderen Gründen verhaftet werden sollte, protestierte der Volksrat hiergegen, und bezog, daß seine Mitglieder nur mit Zustimmung des Volksrates verhaftet werden könnten. Der V.-R. als provisorisch höchste Behörde, gab sich also selbst die Immunität, was in den revolutionären Zeiten seine Berechtigung hatte. Laß die Regierung sich über die Verhältnisse des V.-R. sehr genau und oft hinwegsetzt, hat sie bereits bewiesen. Wie sehr die Regierung geschwindig und unklug handelt, wurde im Falle Ledebour bewiesen, und erst recht in den Fällen Lieblucht und Luxemburg, wo sie eine Sonderkommission zur Aufdeckung des Mordmordes ablehnte. Dadurch ist sie bei jedem demnach Sozialisten gerichtet. Doch darüber ein ander Mal. Hier möchte ich nur die bittere Ironie beleuchten, die im Falle Ledebour liegt. — — —

Nicht nur dem Berliner, sondern dem ganzen deutschen Proletariat ist bekannt, daß innerhalb der sozialdemokratischen und später der unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion Ledebour den revolutionären Kämpfer spielte, der dadurch nicht nur mit den Rechtssozialisten, sondern manchmal mit einem großen Teil seiner Fraktionsgenossen in Konflikt geriet. Er ist mit seinen 60 Jahren ein revolutionärer Geist, von einer Fähigkeit und Energie, um die ihn manch junger Genosse beneiden kann.

Das steht allerdings fest: Ledebour war vom ersten Tage an bestrebt, die Revolution in die Bahn zu drängen, in der wir sie alle gehen möchten: in eine sozialistische! Er hat die ersten Wochen von früh bis in die späte Nacht mit bewundernswürdiger Ausdauer als Volksratsmitglied und erfahrener Politiker gearbeitet, und wenn wir auch noch nicht viel erreicht haben, Ledebour hat an dem, was erreicht ist, großen Anteil. Er war es auch, der mit mir und anderen Genossen in einer bis in die späte Nacht dauernden Sitzung mit der Regierung und dem vergangenen Kriegsminister Scheidt verhandelt hat, gegen den Einmarsch der Garde-Kavallerie-Schützen Division protestierte, weil er den konterrevolutionären Charakter dieser aus allen möglichen Kavallerie-Regimenten zusammengesetzten Truppe schon damals erkannte. Er hat wieder recht behalten, dieselbe Truppe, die noch Angabe der Regierung nur als „Deputation der verschiedenen Regimenter durchs Brandenburger Tor einzirchen sollte“, hat ihn in geschickter Weise verhaftet und Lieblucht und Rosa Luxemburg erwidert.

Ledebour soll ein politisches Verbrechen begangen haben und wird deshalb festgesetzt, obwohl ein Verdachtsmoment ausgeschlossen ist. Die Würder der Genossen Lieblucht und Luxemburg bleiben trotz zweimaligen Antrages auf Befreiung auf freiem Fuße. Der Revolutionär Ledebour wird von einer durch die Revolution eingeleiteten Regierung härteren Verurteilung überwiegen, deren Urteil über politische Verbrechen und noch allen in unheiliger Erinnerung sind, während die Würder Lieblucht und Luxemburg, fast durchwegs Offiziere, von einem Kriegsgericht der Division, der sie angehören, abgeurteilt werden sollen.

Ich will den Prozeß gegen die „Sozialisten“, welche im Laufe dieser Woche ihren Anfang nehmen, nicht vorzuziehen, sondern nur bemerken, daß vor einem Jahre auf Grund des Sozialistenkreises um dieselbe Zeit ähnliche Prozesse stattfanden. Man war über die Urteile empört, selbst in bürgerlichen Kreisen. Bei den letzten Terminen werden wir sehen, was die Revolution im „sozialistischen“ Deutschland schon für Umwälzungen gebracht hat.

Prolet.

Die unersättlichen Exzesse vieler anläßlich der politischen Ereignisse der letzten Wochen angefallener Verurteilungen sehen sich genützt, vor der Öffentlichkeit höchsten Protest einzulegen gegen die Art und Weise, wie unter der Herrschaft einer augenblicklich sozialistischen Regierung Quader politischer Angehöriger durch rückwärtsgehende Verurteilung und Verhaftung der Untersuchungshaft in ihrer Verteidigung beschränkt werden. Hunderte von Personen, die sich aus idealen Gründen an den Vorgängen der letzten Wochen in schmerzhaft geringfügiger Weise beteiligt haben, schmachten seit Wochen in Untersuchungshaft, trotzdem ihnen von der Regierung sichtlich zugesichert worden ist, daß sie als Kriegsgefangene behandelt werden sollen, Kriegsgefangene dürfen aber wegen der vor ihrer Verhaftung erlangten begangenen feindseligen Handlungen nicht bestraft werden.

Familienväter, die durch ihre Arbeit ihre Familien zu ernähren haben, Kranke, denen durch die lange Haft die Gesundheit völlig untergraben wird, Jugendliche, die in den Gefängnissen mit den schwersten stillosen Arbeiten beauftragt sind, werden, fassen dem Sinne des Gesetzes und den Anordnungen der Justizverwaltung, mit schablonenmäßiger Begründung in Untersuchungshaft behalten.

Die Verhaftung der Untersuchungshaft geschieht bei weitem härter und unvernünftiger als im alten Preussensystem. Letztere von Büchern und Zeitungen ihrer Wahl, Selbstbestimmung, Rauchen und alle anderen Erleichterungen, deren Bewilligung bisher politischen Inhaftierten gegenüber selbstverständlich war, wird ihnen verweigert. Der Besuch ihrer Angehörigen wird so gut wie unmöglich gemacht. Durch die Verlegung einer großen Zahl der Untersuchungsgefangenen in das nur zur Strafverurteilung eingerichtete, bei den augenwärtigen politischen Verleumdungen mit von Berlin aus nur mit geringen Wachen zu erreichende Regler Gefängnis wird der persönliche und schriftliche Verkehr der Verurteilten mit den Angehörigen so gut wie unmöglich gemacht und die Verteidigung erschwert.

In Wahrung der und unverletzten Interessen der Untersuchungsgefangenen und vor der Sicherung einer unabhängigen Verteidigung verlangen wir die ungeschämte Befreiung der von uns gerügten Willkür.

Dr. Oscar Gahn, Theodor Lieblucht,
Dr. Kurt Rosenfeld, Dr. Siegfried Weinberg,
Redaktionsrat.

Humanität gegen den Raub der Kolonien.

Bern, 1. Februar. Humanität verlangt, daß man, da man doch einen Rechtsfrieden schließen wolle, die Kolonien der Deutschen lassen müsse. Die allseitig internationalen, die angeblich nicht haben kann für die Weltöffentlichkeit bekannt sein, müssen nicht nur eine Kolonie behalten, sondern sich noch die Meise teilen, die sie dann noch werden kapitalistischen Methoden ebenso ausbeuten werden wie ihre eigenen Besitzungen. Ein überfülltes Land wie Deutschland werde, ohne auch nur gefragt zu werden, seiner sämtlichen Kolonien beraubt. Das sei der erste Akt des Rechtsfriedens.

dem sich noch die Meise teilen, die sie dann noch werden kapitalistischen Methoden ebenso ausbeuten werden wie ihre eigenen Besitzungen. Ein überfülltes Land wie Deutschland werde, ohne auch nur gefragt zu werden, seiner sämtlichen Kolonien beraubt. Das sei der erste Akt des Rechtsfriedens.

Der Achtstundentag in Frankreich.

Paris, 1. Februar. (Dabak.) Der Volkskongress der Eisenbahner und der Eisenbahnwerkstoffe unterzeichneten ein Sonderabkommen, betreffend des Achtstundentages.

Politische Nachrichten.

Streit der Eisenbahnanseher. Aus Allenstein wird gemeldet, in Folge der Arbeitsüberlegung der Eisenbahnanseher in Osterode, habe die Bahnverbindung Berlin—Allenstein. Die Ausständigen verweigern laut der Allensteiner Zeitung die Annahme und Abfertigung sämtlicher Güte.

Stellungnahme zum Parteitag.

Fünfter Kreis.

Am Freitag abend nahm die gut besuchte außerordentliche Generalversammlung des 5. Kreises Stellung zum künftigen Parteitag. In seinem Referat führte Gen. Rosenfeld aus, daß der Parteitag als wichtigster Punkt die Revision des Programms und die Taktik, sowie die Reorganisation der Partei zu erledigen haben wird. Er weist an der Hand des Prioritätensystems nach, inwieweit dessen Forderungen durch die Resolution bereits erfüllt sind, und was noch zu tun übrig bleibt. Dabei unterstreicht er besonders die Forderung der allgemeinen Volkswirtschaft, die Steuerfrage, Abschaffung der Todesstrafe u. a. m. Hinsichtlich der Taktik verlangt er eine präzisere Stellungnahme nach rechts wie nach links, da ohne solche Lage Richtlinien die Aktionsfähigkeit der Partei kurz behindert ist. Auch die Reorganisation berührt sich zum Teil mit diesen Punkten; besonders ist infolge nicht einheitlichen Handelns die Stabilität der Partei gelitten im Kampfe gegen den Kapitalismus sowohl wie gegen die Scheidemännische Regierung. In der Debatte legt Gen. Weise unter dem Vorbehalt der Versammlung scharfen Protest gegen die Verschleppung des Parteitages ein. Er betont die Verbeibehaltung und die Stärkung des Zielstreben. Gen. Eisel hat Kritik an der Haltung der Partei seit der Zeit der Revolution und meint, daß uns die Unabhängigen Genossen bis heute den Bericht über ihre Tätigkeit im Kabinett schuldig geblieben sind und verzweifelt das Herausfordern der Massen zur Demonstration ohne festes Ziel und ohne plamäßig Vorgehen. Die Wahl der Delegierten wird auf eine demnächst einzuberufende meitere Versammlung vertagt.

Sechster Kreis.

In der am Freitag abgehaltenen Generalversammlung des sechsten Wahlkreises sollten nach einem Vortrag des Genossen Hilferding über

Sozialisierung

die Genossenschaften und Genossen Stellung nehmen zum bevorstehenden Parteitag. Aufgehend von der durch den Krieg verursachten Wirtschaftslage stellte Hilferding die Schwierigkeiten dar, die heute der Sozialisierung entgegenstehen. Während der politischen Umwälzung am 9. November ziemlich schnell und leicht vorantreiben ging, ist der Wiederaufbau der Wirtschaft eine Arbeit, die Zeit erfordert, es kann nur ein Industriezweig nach dem andern sozialisiert werden. Es muß beanstanden werden mit den Industriellen die heute schon eine Monopolstellung einnehmen, dann mit den Besitzern, die für den Anstandesstand arbeiten und nicht zuletzt mit den Anstandesstand, in denen sich kapitalistische Verhältnisse herausgebildet haben. An Stelle der Wagnisübernahme muß die Herrschaft der Genossenschaft treten. Wenn erst die Kohlenbergbau, Wasser- und Elektrizitätserzeugung u. a. sozialisiert sind, wird auch zugleich der beherrschende Einfluß der Banken gebrochen.

Der Redner ging dann des Näheren auf die Frage ein: Wie soll sozialisiert werden? In dem Beispiel der Kohlenproduktion zeigte er, wie die Gesamtheit des deutschen Volkes Einfluß gewinnen muß auf den ganzen Wirtschaftsprozess, von der Produktion bis zur Verteilung. Arbeiter, Angestellte, Vertreter der Betriebe, Konsumenten und Vertreter der Gesamtheit, die etwa aus der geschlossenen Körperschaft heraus bestimmt werden, werden zu einem sogenannten Kohlenparlament zusammenschließen, das über alle einschlägigen Fragen zu entscheiden hätte. So muß die Sozialisierung von einem Industriezweig zum andern fortschreiten, bis die sozialisierten Industrie zusammengefaßt werden können zu einer Wirtschaft der Bedarfsdeckung. Neben dieser unmittelbaren Veranschaulichung der Produktionsmittel haben wir noch eine zweite Form der Sozialisierung: die Romanisierung, deren politische Schwierigkeiten nicht so groß sind, da wir jetzt noch dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht in vielen armen Städten eine sozialistische Mehrheit erhalten dürfen. Die Nahrungs- und Genussmittel- und die Wohnungswirtschaft sind hier die beiden wichtigsten Gebiete, auf denen die Sozialisierung praktisch in Angriff genommen werden kann. — Aufschluß an die Eigenproduktion der Konsumgenossenschaften gibt es dann noch eine dritte Form der Sozialisierung, das ist die Vergenossenschaftlichung gewisser Produktionszweige.

Genosse Hilferding behandelte dann die schmerzlichen Probleme der Lebensfrage der Arbeiter und der Entschädigung der Kapitalisten. Am besten und billigsten zu produzieren als das Privatkapital, können wir nur in den technisch fortgeschrittenen Betrieben annehmen. Die Entschädigung der Kapitalisten muß die Kapitalistenklasse selbst durch Vermögensverlusten aufbringen, sie sind das Mittel, um abzumachen zu exportieren. Zur Durchführung der Sozialisierung und zur Kontrolle der Wirtschaft haben die Arbeiter die wichtigsten Aufgaben zu erfüllen, aber worauf es ankommt, ist die gesellschaftliche Organisation, sozialisiert kann nur von einer Zentralstelle aus werden. Da durch die Anwesenheit der proletarischen Massen eine sozialistische Mehrheit in der Nationalversammlung nicht erreicht werden konnte, müssen die Arbeiter ihre ökonomische Macht einbringen, um die widerstrebenden Elemente in der Nationalversammlung auf der Bahn der Sozialisierung vorwärts zu treiben. Das ökonomische Wohlbefinden der Arbeiterklassen ist seit der Revolution von ungeborener Genossen, wenn es uns gelingt, die Arbeit unter dem Banner des Sozialismus auf den Boden einer sozialdemokratischen Grundidee zu einrichten, dann wird es ein leichtes sein, die kapitalistische Wirtschaftsordnung zu überwinden und uns ein menschenwürdiges Dasein zu erringen!

In der Diskussion bewährte Genosse Hilferding, daß Genosse Hilferding in seinem Referat das Wichtigste nicht erreicht hätte. Aus der Revolution impulsiv herausgehoben seien die Arbeiterklasse das einzige Organ, die Sozialisierung zu verwirklichen. Die kapitalistische Mehrheit der Nationalversammlung wird den Arbeiterklassen die notwendige politische Grundlage nicht geben, daher müssen die Arbeiterklasse aus Deutschland zu einem Kampfe in Berlin zusammenzurufen, um die einzige revolutionäre Grundidee des 9. November zu verteidigen. — Im gleichen Sinne sprach Genosse Wabahn: Das Proletariat kann sich nur auf der Grundlage des Klassenkampfes einrichten. Für die Verwirklichung dieser Idee genügt die Taktik, daß die Wahl der Arbeiterklasse, die auf dem Boden der U. S. W. stehen, sich der Nationalversammlung von 1910 auf heute 100 schicken soll.

Mit Rücksicht auf die frühe Bewusstseinslage macht dann Genosse Weib als Vorsitzender den Vorschlag, die Verlesung der Beschlüsse, mit der bereits vorliegenden Arbeit, dem Genossen Hilferding über das Schlußwort zu geben. Den Vorschlag, der auch über das Wichtigste gesprochen zu haben, erweist sich als nicht durchführbar, er würde das Verlesene geru in einem zweiten Vortrag, eventuell mit Korrekturen, nachholen. Auch er hielt auf dem Standpunkt, daß das Wichtigste unbedingt erhalten werden muß. Auf die politische Lage eingehend, hält der Redner die Koalition zwischen Rechtssozialisten und Demokraten noch weniger regierungsfähig als die heutige Regierung Ober-Lübnow, sie wird nur dazu beitragen, die Einigung des Proletariats zu beschleunigen. Wenn wir aber jetzt die Parole: „Alle Macht den Arbeiterräten“, als einzige in die Arbeiterklasse hineinwerfen, läßt sich mit den Klassenkampf, solange die mehrheitlich sozialistischen Massen davon nichts wissen wollen; wir würden die Spaltung der Arbeiterklasse nur vertiefen. Die Forderungen werden das Proletariat genötigt werden zur Anerkennung dieser Parole!

Während die Erhebung eines Erntestages auf 3 Monate von 50 Pfennig pro Monat zur Forderung der Wohlfühligen beschloßen wurde, fand nach kurzer Verhandlung durch Genossen Rosenfeld die in unserem geistigen Abwärtsschritt wiederbelebte Proletaratsentscheidung einstimmige Annahme.

Das neue preussische Gemeindevahlrecht.

Nachtragsordnung

vom 31. Januar 1910 zur Verordnung über die anderweitige Regelung des Gemeindevahlrechts vom 24. Januar 1910.

§ 1. In § 6 der Verordnung über die anderweitige Regelung des Gemeindevahlrechts vom 24. Januar 1910 fällt Abs. 2 fort.

Dieselben der Zahl der Stadtverordneten (Bürgervertreter) gelten für die Städte oder Provinzen die Bestimmungen der Stadtverordneten für die städtischen Provinzen von 30. Mai 1853 (Gesetzsamml. S. 961) sinngemäß mit der Maßgabe, daß die Städte, durch welche geringere Zahlen vorgezeichnet sind, als sie der Regelvorschrift der genannten Stadtverordneten entsprechen würden, insofern aufgehoben werden.

§ 2. Die in § 11 des Reichswahlgesetzes vom 30. November 1918 — R. G. Bl. S. 1345 — festgesetzten Frist von 21 Tagen kann vom Wahlvorstand bzw. der Wahlkommission durch abgeändert werden, daß spätestens 6 am 7. Tage vor dem Wahltag die Wahlvorläufe einzurichten sind.

In Gemeinden unter 2000 Einwohnern kann beschlossen werden, daß die Wahlvorläufe auch von weniger als 100, aber mindestens 20 in der Gemeinde zur Ausübung der Wahl berechtigten Personen unterzeichnet sein können.

Der Wahlvorstand bzw. die Wahlkommission hat spätestens zwei Wochen vor dem Wahltag zur Einreichung von Wahlvorläufen durch eine Bekanntmachung in den zur amtlichen Veröffentlichung dienenden Blättern der Gemeinde aufzufordern. Die Bekanntmachung hat die in § 12 der Wahlverordnung vom 30. November 1918 vorgeschriebenen Angaben zu enthalten.

Der Wahlvorstand bzw. die Wahlkommission ist berechtigt, im Falle der Bekanntmachung (vergl. Abs. 2) die Größe der Stimmzettel sowie ihre sonstige Beschaffenheit abweichend von der Vorschrift des § 34 der Wahlverordnung vom 30. November 1918 zu bestimmen.

§ 3. Der § 31 des Gesetzes, betreffend die Verfassung und Verwaltung der Städte und Flecken der Provinz Schleswig-Holstein, vom 14. April 1860 — Gesetzsamml. S. 589 — wird dahin geändert, daß die drei Kandidaten für jede einzelne Stelle des Magistrats nicht von einer gemeinschaftlichen Kommission der beiden Städte oder Flecken, sondern von der Stadtverordnetenversammlung allein präsentiert werden.

§ 4. Durch Gemeindevahlrecht kann für die Mitglieder der Gemeindevorstände eine auskömmliche Entschädigung für die Teilnahme an Sitzungen der Gemeindevorstände (Kommissionen) festgesetzt werden; im allgemeinen ist dann aber nur eine Vergütung festzusetzen, welche dem entsprechenden Arbeitsverdienst entspricht.

§ 5. Die Provinzen Posen und Westpreußen sowie der Regierungsbezirk Oppeln bleiben bis auf weiteres im Geltungsbereich der Verordnung ausgeschlossen. Wahlen von Gemeindevorständen (Bürgervertreter, Magistratsmitglieder) finden in den Stadt- und Landgemeinden dieser Provinzen bis zur Einführung der genannten Verordnung durch die hiesigen Gemeindevorstände nicht statt. Die erste derartigen Stellenbesetzungen erfolgen solange nach Anhörung der Gemeindevorstände durch das Ministerium des Innern.

§ 6. Die Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung über die anderweitige Regelung des Gemeindevahlrechts vom 24. Januar 1910 — Gesetzsamml. S. 13 — sowie zu dieser Nachtragsverordnung erläßt das Ministerium des Innern.

In dieser Verordnung erläßt das preussische Ministerium des Innern folgende

Ausführungsbestimmungen.

Am § 1 der in der Rundverfügung vom 28. u. 29. Oktober 1909 nachtragsverordnung über die anderweitige Regelung des Gemeindevahlrechts vom 24. u. 25. März, die hinsichtlich der Wahl der Städte aller Provinzen die Bestimmungen der städtischen Stadtverordneten vom 30. Mai 1853 sinngemäß mit der Maßgabe gelten sollen, daß die Städte, durch welche geringere Zahlen vorgezeichnet sind, als sie der Regelvorschrift der genannten Stadtverordneten entsprechen würden, insofern aufgehoben werden.

Hiernach fällt die erste Zahl der Abs. 2 der eingangs erwähnten Rundverfügung („Die Zahl“ ... bis zu betragen hat“) fort und ist durch die ebenfalls erwähnte neue Verordnungsbestimmung ersetzt.

Au § 4 der Nachtragsverordnung bemerken wir, daß die Entschädigung der Gemeindevorstände für die Wahrnehmung der Sitzungen, wenn solche überhaupt beschlossen wird, sich in beiden Fällen in Grenzen zu halten hat, um eine zu schwere Belastung der Gemeindevorstände zu vermeiden.

Weiterhin weisen wir auf den vorläufigen Ausschuß der Provinzen Posen, Westpreußen und des Regierungsbezirks Oppeln vom Geltungsbereich der Verordnung und auf die dazu nötige Zustimmung über die Erhebung der Gemeindevorstände durch das Ministerium des Innern hin.

Zur Vermeidung von Zweifeln und Mißverständnissen bemerken wir noch, daß durch den Schlußabsatz des § 8 der Verordnung vom 24. Januar 1910 bei der ersten Wahl Wahlbezirke nicht gebildet werden sollen. Damit sind auch Eingemeinderungsverträge insofern außer Wirksamkeit gesetzt, als sie die Bildung von Wahlbezirken für die Wahlen der Gemeindevorstände vorsehen. Nicht berührt sind Bestimmungen, die nach Art des § 15 Abs. 1. O. das passive Wahlrecht örtlich einschränken.

Endlich wird bemerkt, daß nach § 7 Abs. 2 der erwähnten Verordnung die Mitglieder der Gemeindevorstände zwar bis zur erfolgten Neuwahl in ihren Komitern bleiben, daß ihnen aber nicht mehr das Recht zusteht, Wahlen zum Magistrat bzw. Gemeindevorstand vorzunehmen, daß solche Wahlen vielmehr nur durch die nach dem neuen Wahlrecht gebildeten Gemeindevorstände vorgenommen werden dürfen.

Umbrüche für die Oberbürgermeister, Bürgermeister und Gemeindevorstände sind beizubehalten und sofort zur Verteilung zu bringen.

In Vertretung: Rosenfeld.

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. Theater am Dönhofsplatz. Wilhelm Kayser.

Opernhaus. Die Legende von der heiligen Elisabeth.

Schauspielhaus. 7 Uhr: Hölle.

Deutsches Theater. 7 Uhr: Der Weibsteufel.

Kammerspiele. 7 Uhr: Frühlingserwachen.

Kleines Schauspielhaus. 7 Uhr: Die Schindler.

Königgrätzer Str. 7 Uhr: Monk.

Komödienhaus. 7 Uhr: Die Elche.

7 Uhr: Eisele.

7 Uhr: Der Katzenst.

7 Uhr: Die tolle Komödie.

7 Uhr: Die tolle Komödie.

7 Uhr: Die tolle Komödie.

7 Uhr: Die tolle Komödie.

7 Uhr: Die tolle Komödie.

7 Uhr: Die tolle Komödie.

7 Uhr: Die tolle Komödie.

7 Uhr: Die tolle Komödie.

7 Uhr: Die tolle Komödie.

7 Uhr: Die tolle Komödie.

7 Uhr: Die tolle Komödie.

7 Uhr: Die tolle Komödie.

7 Uhr: Die tolle Komödie.

7 Uhr: Die tolle Komödie.

7 Uhr: Die tolle Komödie.

7 Uhr: Die tolle Komödie.

7 Uhr: Die tolle Komödie.

7 Uhr: Die tolle Komödie.

7 Uhr: Die tolle Komödie.

7 Uhr: Die tolle Komödie.

7 Uhr: Die tolle Komödie.

7 Uhr: Die tolle Komödie.

7 Uhr: Die tolle Komödie.

7 Uhr: Die tolle Komödie.

7 Uhr: Die tolle Komödie.

7 Uhr: Die tolle Komödie.

7 Uhr: Die tolle Komödie.

7 Uhr: Die tolle Komödie.

7 Uhr: Die tolle Komödie.

7 Uhr: Die tolle Komödie.

7 Uhr: Die tolle Komödie.

7 Uhr: Die tolle Komödie.

METROPOL Kabarett

Behrenstr. 53-56

Dir. Alex Brauna.

Albe Kolk

Norma & Fernand

Lanzigs? — Dugson

Elli Glässner

Otto Röhr

Robert Steide

Gygyi-Konzerte

Vorzügliche Küche.

Casino-Theater.

Lochringstr. 11. Tagl. 11 Uhr.

Nur noch kurze Zeit

Die goldene Brücke

Vorher das neue Februar-Programm.

Soant. 3 Uhr: Die weiße Dame

Apollon

Friedrichstraße 218.

Dir.: James Klein.

7. Sonntag 3- und 7.

Ein Theater-Ereignis!

Persönl. Auftreten

GILBERT!

sowie ein großes

Variee-Programm.

Wintergarten

Das grosse

Spezialitäten-Programm

Anfang 1/8 Uhr

Grammophon (Platten)

kaufte Gilsor, Mariannen-

platz 6.

Plano, Nollbaum, Friedens-

ware, prima, verkauft

Steincke, Antonstraße 22.

Revolutions-Jugend!

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Freitag, den 2. Februar, nachm. 5 Uhr

in der Stadthalle (im Stadthause)

Eingang: Klosterstraße 40, 52

Trauer-Feier.

1. Harmoniumspiel.

2. Ein Sohn des Volk's. Männerchor Nicht-

3. Die Jugend ehrt die Revolutions-

4. Tod Polcon, Männerchor Sing- u. Chor-

5. Gemischter Gesang.

6. Einleit. frei.

Freie Jugend Groß-Berlin.

Bezirk Osten.

Freie Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands

(Zentralrat)

Freitag, den 2. Februar, abends 8 Uhr

in der Stadthalle (im Stadthause)

Eingang: Klosterstraße 40, 52

Verband der Schneider, Schneiderinnen u. Wäschereibesitzer Deutschlands

Freitag, den 2. Februar, abends 7 Uhr

in der Stadthalle (im Stadthause)

Eingang: Klosterstraße 40, 52

Deutscher Eisenbahnen-Verband

Freitag, den 2. Februar, abends 8 Uhr

in der Stadthalle (im Stadthause)

Eingang: Klosterstraße 40, 52

Achtung! Lichtenberg!

Die Spedition Engel befindet sich jetzt

Sparkassen Banken und Bankiers. 4 1/2 % Hamburger Staats-Anleihe. Otto Markiewicz Bankgeschäft.

Zentralverband der Handlungsgehilfen

Bezirksversammlungen finden statt.

Mittwoch, den 5. Februar, abends 1/8 Uhr:

Bezirk Niederschlesien, Restaurant Otto Frosch...

Bezirk Ostpreußen, Restaurant Treptower Klause...

Bezirk Westpreußen, Restaurant Preussischer Hof...

Bezirk Ostpreußen, Restaurant Preussischer Hof...

Bezirk Ostpreußen, Restaurant Preussischer Hof...

Bezirk Ostpreußen, Restaurant Preussischer Hof...

Bezirk Ostpreußen, Restaurant Preussischer Hof...

Bezirk Ostpreußen, Restaurant Preussischer Hof...

Bezirk Ostpreußen, Restaurant Preussischer Hof...

Bezirk Ostpreußen, Restaurant Preussischer Hof...

Bezirk Ostpreußen, Restaurant Preussischer Hof...

Bezirk Ostpreußen, Restaurant Preussischer Hof...

Bezirk Ostpreußen, Restaurant Preussischer Hof...

Bezirk Ostpreußen, Restaurant Preussischer Hof...

Bezirk Ostpreußen, Restaurant Preussischer Hof...

Bezirk Ostpreußen, Restaurant Preussischer Hof...

Bezirk Ostpreußen, Restaurant Preussischer Hof...

Bezirk Ostpreußen, Restaurant Preussischer Hof...

Bezirk Ostpreußen, Restaurant Preussischer Hof...

Bezirk Ostpreußen, Restaurant Preussischer Hof...

Bezirk Ostpreußen, Restaurant Preussischer Hof...

Bezirk Ostpreußen, Restaurant Preussischer Hof...

Bezirk Ostpreußen, Restaurant Preussischer Hof...

Bezirk Ostpreußen, Restaurant Preussischer Hof...

Bezirk Ostpreußen, Restaurant Preussischer Hof...

Bezirk Ostpreußen, Restaurant Preussischer Hof...

Bezirk Ostpreußen, Restaurant Preussischer Hof...

Bezirk Ostpreußen, Restaurant Preussischer Hof...

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.

Branchen-Versammlungen.

Bezirk Ostpreußen, Montag, den 3. Februar...

Bezirk Ostpreußen, Montag, den 3. Februar...

Bezirk Ostpreußen, Montag, den 3. Februar...

Bezirk Ostpreußen, Montag, den 3. Februar...

Bezirk Ostpreußen, Montag, den 3. Februar...

Bezirk Ostpreußen, Montag, den 3. Februar...

Bezirk Ostpreußen, Montag, den 3. Februar...

Bezirk Ostpreußen, Montag, den 3. Februar...

Bezirk Ostpreußen, Montag, den 3. Februar...

Bezirk Ostpreußen, Montag, den 3. Februar...

Bezirk Ostpreußen, Montag, den 3. Februar...

Bezirk Ostpreußen, Montag, den 3. Februar...

Bezirk Ostpreußen, Montag, den 3. Februar...

Bezirk Ostpreußen, Montag, den 3. Februar...

Bezirk Ostpreußen, Montag, den 3. Februar...

Bezirk Ostpreußen, Montag, den 3. Februar...

Bezirk Ostpreußen, Montag, den 3. Februar...

Bezirk Ostpreußen, Montag, den 3. Februar...

Bezirk Ostpreußen, Montag, den 3. Februar...

Bezirk Ostpreußen, Montag, den 3. Februar...

Bezirk Ostpreußen, Montag, den 3. Februar...

Bezirk Ostpreußen, Montag, den 3. Februar...

Bezirk Ostpreußen, Montag, den 3. Februar...

Bezirk Ostpreußen, Montag, den 3. Februar...

Bezirk Ostpreußen, Montag, den 3. Februar...

Bezirk Ostpreußen, Montag, den 3. Februar...

Bezirk Ostpreußen, Montag, den 3. Februar...

Bezirk Ostpreußen, Montag, den 3. Februar...

Bezirk Ostpreußen, Montag, den 3. Februar...

Bezirk Ostpreußen, Montag, den 3. Februar...

Bezirk Ostpreußen, Montag, den 3. Februar...

Bezirk Ostpreußen, Montag, den 3. Februar...

Bezirk Ostpreußen, Montag, den 3. Februar...

Bezirk Ostpreußen, Montag, den 3. Februar...

